

---

VD / Einfache Anfrage Schulthess-Grabs / Kobler-Gossau vom 14. November 2024

## **Industriestandort Rheintal sichern – Kanton St.Gallen verliert infolge Schliessungen hunderte Arbeitsplätze**

Antwort der Regierung vom 11. Februar 2025

Katrin Schulthess-Grabs und Florian Kobler-Gossau erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 14. November 2024 nach der Einschätzung der Regierung zu angekündigten und zum Teil bereits erfolgten Werkschliessungen von Industriebetrieben in der Ostschweiz im zweiten Halbjahr 2024. Die Fragestellenden möchten u.a. erfahren, wie die Regierung regionale Industrie-arbeitsplätze langfristig sichern will und welche Haltung sie betreffend einzelbetriebliche bzw. branchenspezifische Subventionen vertritt.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Nicht nur in der Ostschweiz, sondern landesweit sieht sich der Industriesektor zurzeit mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert: Gestiegene Lohn- und Energiekosten, wirtschaftliche Krisen in den Absatzmärkten, noch ungeklärte Fragen in Bezug auf die weitere Zukunft der Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) und der Fachkräftemangel wirken belastend. Im Kanton St.Gallen manifestiert sich dies mit Blick auf die Situation der Zulieferbetriebe im Rheintal, die bis ins Frühjahr 2024 noch von den gesteigerten Auftragsbeständen nach der Covid-19-Pandemie haben zehren können: Die Zahl der Voranmeldungen für Kurzarbeit hat in den vergangenen Monaten spürbar angezogen, Restrukturierungsmaßnahmen und damit verbundene Personalmassnahmen in den Betrieben können nicht ausgeschlossen werden.

Die verschiedenen Krisen der jüngeren Vergangenheit haben im internationalen Umfeld den Gestaltungswillen der Politik neu belebt. Industriepolitik und Protektionismus sind wieder salonfähig geworden, wie sich dies am Beispiel einiger EU-Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Deutschland oder auch Ländern wie Kanada und Grossbritannien zeigt. In seinem Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024<sup>1</sup> legt der Bundesrat anschaulich dar, dass er eine vertikale Industriepolitik mit einer Festlegung von spezifischen Branchen, Produkten und Technologien, die der Staat als strategisch relevant erachtet, für die Schweiz nicht als zielführend taxiert. Stattdessen setzt der Bundesrat auf das Konzept einer horizontalen Industriepolitik, die günstige Rahmenbedingungen für alle Unternehmen schafft und auf eine grundsätzliche branchen- und technologie neutrale Förderung setzt, z.B. im Klima- und Energiebereich.

Die Konzepte zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts St.Gallen basieren im Wesentlichen auf der Schwerpunktplanung 2021–2031 der Regierung (28.21.01) sowie dem Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 (28.22.01). Eines der fünf Schwerpunktziele der Regierung ist die Erhöhung der Innovationskraft der ansässigen Wirtschaftsbetriebe mit dem Ziel, St.Gallen mittelfristig als schweizweit führenden, exportstarken Industriestandort zu positionieren. Das Mehrjahresprogramm der Standortförderung enthält seinerseits konkrete Massnahmen auf institutioneller und betrieblicher Ebene, welche die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons stärken sollen. Im Zuge der Anstrengungen konnten in den vergangenen Jahren bereits wichtige Meilensteine

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter [https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen\\_Dienstleistungen/Publikationen\\_und\\_Formulare/Strukturwandel\\_Wachstum/Wachstum/lagebericht\\_schweizer\\_volkswirtschaft\\_2024.html](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Strukturwandel_Wachstum/Wachstum/lagebericht_schweizer_volkswirtschaft_2024.html).

erreicht werden. Dazu zählen u.a. die Gründung der Switzerland Innovation Park Ost AG, der Entscheid zum Aufbau einer ETH-/Empa-Professur in St.Gallen, Beschlüsse für eine Start-up-sowie eine Innovationsförderstrategie oder der neue Sensor Innovation Hub in Buchs, der Unternehmen mit der Erneuerung und Erweiterung des bestehenden Reinraums optimierte Unterstützungsangebote bieten wird.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Wie schätzt die Regierung die jüngsten Entlassungen im Kanton St.Gallen ein?*

Die Regierung äussert sich grundsätzlich nicht zu den unternehmerischen Entscheiden, die in den von den Fragestellenden angeführten Beispielen zu den erwähnten Werkschliessungen geführt haben.

Der Kanton St.Gallen erlebte im Jahr 2024 über alle Wirtschaftssektoren hinweg einen Anstieg bei der Zahl der Stellensuchenden. Vom Dezember 2023 bis zum Dezember 2024 verzeichneten die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) einen Anstieg von 13,4 Prozent. Dieser betrifft Stellensuchende aus der Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe mit 10,1 Prozent (+383 auf 4'183 Personen) weniger stark als Stellensuchende aus dem Dienstleistungssektor mit 15,2 Prozent (+805 auf 6'108 Personen). Ein Grund für die Unterschiede könnte darin bestehen, dass im Industriesektor das bewährte Instrument der Kurzarbeitsentschädigung stärker zur Anwendung kommt und so Entlassungen vorübergehend vermieden werden können.

Volkswirtschaftlich gibt die langfristige Entwicklung des Beschäftigungsvolumens im Industriebereich für den Kanton St.Gallen keinen Anlass zu Massnahmen. Im produzierenden Sektor weist der Kanton St.Gallen mit knapp 7 Prozent ein etwas höheres Wachstum auf als die ganze Schweiz mit gut 5 Prozent. Die Entwicklung ist aber seit Beginn des 21. Jahrhunderts durch viele Aufs und Abs gekennzeichnet.

2. *Wurde die Regierung über die Werkschliessung der Firma Schoeller im Vorfeld informiert? Gab es aus Sicht der Regierung eine Möglichkeit, die Schliessung zu verhindern?*

Die Schoeller Textil AG hat die kantonalen Behörden von Anfang an und umfassend über die Situation und die von Seiten des Unternehmens geplanten Schritte informiert. Des Weiteren sind die gesetzlichen Vorgaben gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (SR 823.11), namentlich die Pflicht zur Meldung von Massenentlassungen und Betriebsschliessungen an die zuständige kantonale Behörde, vollständig und ordnungsgemäss eingehalten worden.

Die Arbeitsmarktbehörden sind somit über die Situation im Bild und können bei Bedarf die von Kündigungen betroffenen Personen umfassend über ihre Rechte und Pflichten sowie die zur Verfügung stehenden Dienstleistungen informieren. Der regelmässige Kontakt zur Personalabteilung der Schoeller Textil AG besteht und der Austausch ist gewährleistet.

Darüber hinaus hat die Regierung weder die gesetzliche Handhabe noch die Absicht, auf unternehmerische Entscheide einzelner Betriebe aktiv Einfluss zu nehmen bzw. diese gar zu verhindern.

3. *Wie schätzt die Regierung die Chancen der Mitarbeitenden in Sevelen ein, eine neue Anstellung zu finden, insbesondere für ältere Mitarbeitende über 50 Jahre, Personen mit geringen beruflichen Qualifikationen oder Mitarbeitende mit gesundheitlichen Einschränkungen?*

Im Bewusstsein um die besonderen Bedürfnisse der erwähnten Personengruppen wird die Schoeller Textil AG in Zusammenarbeit mit dem RAV-Arbeitgeberservice (AGS-RAV) und einem externen Dienstleister einen Outplacement-Kurs organisieren, um die Chancen der Angestellten auf eine erfolgreiche Neuorientierung im Arbeitsmarkt zu erhöhen. Zudem zeigt sich, dass regionale Firmen, die aktuell nach Arbeitskräften suchen, direkt bei der Schoeller Textil AG vorstellig wurden. Diese Stellenangebote werden auch über den AGS-RAV an die bereits auf dem RAV gemeldeten Stellensuchenden kommuniziert. Des Weiteren verfügt die Arbeitslosenversicherung über eine Reihe weiterer, spezifisch auf die Bedürfnisse der erwähnten Gruppen zugeschnittene Qualifizierungsinstrumente. Diese werden individuell und bedarfsgerecht eingesetzt, um die vom Stellenverlust betroffenen Angestellten zu unterstützen.

4. *Wie viele Personen arbeiten im Kanton St.Gallen im Industriesektor? Wie beurteilt die Regierung die fortschreitende Deindustrialisierung und die damit verbundene Gefahr von weiteren Entlassungen?*

Im Kanton St.Gallen ist das Beschäftigungsvolumen im Industrie- und Gewerbesektor (in Vollzeitäquivalenten) per Ende des dritten Quartals 2024 gegenüber dem Vorjahresquartal (drittes Quartal 2023) um 1,4 Prozent gestiegen. Dies entspricht 92'100 Beschäftigten, die sich auf 83'600 Vollzeitäquivalente verteilen.<sup>2</sup>

Die Zahlen zeigen, dass sich die Aussage, wonach im Kanton St.Gallen eine «fortschreitende Deindustrialisierung» stattfindet, empirisch nicht halten bzw. belegen lässt. Tatsächlich unterliegt der Wirtschaftssektor jedoch konjunkturell bedingten, teils strukturellen Anpassungen, wie dies die Fragestellenden in der Begründung ihres Vorstosses mit Blick auf die Automobilindustrie in Deutschland ja auch selbst ausführen.

5. *Banken gelten in der Schweiz als systemrelevant und wurden in der Vergangenheit durch staatliche Rettungspakete gerettet. Was unternimmt die Regierung, um die Industriearbeitsplätze im Kanton St.Gallen langfristig zu sichern?*

Die Regierung verweist auf ihre einleitenden Bemerkungen. Sie erachtet die konsequente Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf die Schaffung idealer Rahmenbedingungen für sämtliche Unternehmen als Basis für den langfristigen Erfolg des Werkplatzes St.Gallen. Kurzfristige Interventionen zugunsten einzelner Betriebe wären äusserst kostspielig und für den Kanton St.Gallen auf längere Sicht nicht tragbar. Überdies behindern entsprechende Eingriffe den wirtschaftlichen Strukturwandel, was die Innovationskraft hemmt und als direkte Folge auch die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen untergräbt.

6. *In anderen Ländern profitieren Industriebetriebe von Subventionen in Investitionen und Energie (Stichwort: Förderung und Unterstützung nachhaltiger Praktiken und umweltfreundliche Industrie). Wie beurteilt die Regierung solche und ähnliche Massnahmen, um den Kanton St.Gallen langfristig als Industriestandort zu stärken und die Arbeitsplätze zu erhalten?*

Auch hier verweist die Regierung auf ihre einleitenden Bemerkungen. Abgesehen von den immensen Kosten solcher Massnahmen wären die Probleme einer vertikalen Industriepolitik beträchtlich. Welche Unternehmen auf die richtigen Produkte und Innovationen setzen und in Zukunft profitabel sein werden, können staatliche Stellen nur schwer beurteilen. Ausserdem öffnet die vertikale Industriepolitik der politischen Einflussnahme Tür und Tor. Die Mittel fliessen nicht zu den produktivsten Unternehmen, sondern zu den politisch ein-

---

<sup>2</sup> Zahlen gemäss kantonaler Beschäftigungsstatistik. Abrufbar unter [https://www.sg.ch/content/dam/sgch/kantonstgallen/statistik/b03/B03\\_BESTA\\_001.xlsx](https://www.sg.ch/content/dam/sgch/kantonstgallen/statistik/b03/B03_BESTA_001.xlsx).

flussreichsten. Industriepolitische Massnahmen dieser Art verzerren den Wettbewerb. Die Förderung bestimmter Produkte und Technologien bedeutet immer eine Benachteiligung anderer.